

Corleis

Bericht zur Senatssitzung vom 23.08.2017

Die erste Senatssitzung nach der Sommerpause zeichnete eine lange Tagesordnung aus, die nicht komplett behandelt wurde. So entschied man sich gegen Ende der Sitzung, alle Haushaltsangelegenheiten auf die kommende Sitzung zu verschieben. Es bleibt zu hoffen, dass in der Septembersitzung genügend Zeit ist, sich mit dem Lageplan und dem Körperschaftsvermögen zu befassen.

Erster großer Punkt war das **Betreuungsangebot**. Die Leiterin des Familienservice, Frau Müller, berichtete. Positiv hervorzuheben ist sicherlich, dass es ab dem Jahr 2018 die Ferienbetreuung auch für die Osterzeit geben wird. Ein bisheriges Manko, was Studierende mit Kind in jedem Sommersemester umtreibt.

Zudem soll nun endlich auch in Wechloy ein Eltern-Kind-Raum und ein Wickelraum eingerichtet werden. Ob die Überlegungen von Frau Müller, die Eltern-Kind-Räume auch für Tagungen zu nutzen, aufgehen werden, bleibt abzuwarten.

Zudem soll in den sogenannten alten "Hausmeisterwohnungen" eine Großtagespflege für bis zu zehn Kinder eingerichtet werden. Allerdings sollen diese Plätze Studierenden mit Kind nicht zur Verfügung stehen mit dem Hinweis, dass das Studentenwerk für Studierende schon mehrere Plätze vorhalten würde. In Anbetracht dessen, dass Studierende die größte Statusgruppe an Universitäten sind, fordert der AStA das Dezernat 1 dazu auf, diese Entscheidung noch einmal zu überdenken.

Als zweiten kleineren Berichtspunkt unterrichtete Frau Burwitz die Mitglieder des Senats über den Sachstand der Software ALLRIS. Mit dieser Software soll zukünftig in den Gremiensitzungen der Papierverbrauch reduziert werden. Mehrere Tausend Blatt Papier können so jede Senatssitzung eingespart werden. Die Idee zu diesem tollen Projekt hatte Frau Hoffmann von der Gremienbetreuung.

Frau Hoffmann wurde in den Personalrat gewählt und lässt sich für diese Tätigkeit freistellen. An dieser Stelle wünscht der AStA dem neuen Personalrat viel Erfolg bei seiner Tätigkeit.

Die erste Nachfrage kam von der Gruppe der MTVler. Das Präsidium hat sich dazu entschieden, eine **neue Firewall** zum Schutz der Universität einzuführen. Die Planungen stießen im Senat auf massive Kritik von allen Statusgruppen. Datenschutzrechtliche Bedenken wurden geäußert. Die Mitglieder des Senats hatten daraufhin das Präsidium aufgefordert, sich mit dem Landesdatenschutzbeauftragten in Verbindung zu setzen und eine Begutachtung vorzunehmen. Die Anfrage sei gestellt worden, eine Antwort stünde noch aus, so Herr Stahlmann. Bis dahin ist die Firewall erst einmal inaktiv.

Die zweite Nachfrage kam von dem studentischen Vertreter Eike Köhler. Dieser erkundigte sich nach dem **Sachstand zum Thema Campus Card**. Hier räumte Herr Stahlmann ein, dass es Verzögerungen aufgrund einer Vakanz in Dezernat 3 gegeben hätte.

Den AStA erreichten weiterhin Beschwerden, dass **Lehrveranstaltungsevaluationen** den Studierenden nicht zugänglich gemacht wurden. Das Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) und die Evaluationsordnung sehen dies jedoch vor. Frau Kyora, die Vizepräsidentin für Studium und Lehre sagte zu, bis zur nächsten Senatssitzung Informationen zur Verfügung zu stellen.

Zu dem **Thema Anwesenheitspflicht** erfragte der AStA ebenfalls eine Unterrichtung. Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) informierte den AStA, dass unsere Beschwerden dem Präsidium mit einem Prüfauftrag weitergeleitet wurden. Frau Kyora berichtete, dass nun alle Fakultäten bis Anfang Oktober Zeit hätten zu den Fällen Stellung zu beziehen.

Eine weitere Nachfrage kam vom AStA zum **Schlauen Haus**. Aus der örtlichen Presse war bekannt geworden, dass die Oldenburger Touristik Information die Räumlichkeiten als Mieterin verlassen wird. Herr Stahlmann, Vizepräsident für Finanzen, erklärte, dass momentan Eigenbedarf geprüft werde.

Eine gute Nachricht war außerdem zum **Thema Urheberrecht** zu vermelden. Der Bundestag hat eine Reform verabschiedet. Diese gilt ab März 2017. Bis dahin einigte sich die Kultusminister_innenkonferenz auf eine Verlängerung des Übergangsvertrags mit der VG Wort. Für die Studierenden heißt es, dass es wie bisher Semesterapparate geben wird und es weiterhin die Möglichkeit gibt, Materialien auf Stud.IP abzurufen.

Das größte Thema der Sitzung war wohl mit Abstand die **11. Änderung der Bachelorprüfungsordnung (BPO)**. Das Dezernat 3, unter der Federführung des Prüfungsamtes, hat wesentliche Änderung der BPO vorgeschlagen. Neben redaktionellen Änderungen waren durchaus gravierende Eingriffe in die Studienbedingungen der Studierenden geplant. So sollte der Freiversuch fallen, die Möglichkeit 18 KP bei der BA-Note zu streichen abgeschafft und die Möglichkeit geschaffen werden, für jede schriftliche Prüfungsleistung eine „Versicherung an Eides statt“ von den Studierenden fordern zu können. Vieles wurde von einigen Fakultäten beziehungsweise von der fakultätsübergreifenden Studienkommission im Vorfeld schon beanstandet. So konnten, nach teilweise kontroversen Diskussion, die oben genannten Punkte verhindert werden.

Leider ist es den studentischen Vertreter_innen nicht gelungen, einen Bestandsschutz für Studierende in höheren Semestern durchzusetzen. Das heißt, dass die neue Prüfungsordnung mit dem Inkrafttreten für alle Studierenden gilt. Der

AStA ist der Meinung, dass grundsätzlich die Prüfungsordnung gilt, die beim Studienantritt gültig war.

An dieser Stelle sei gesagt, dass der AStA Studierende unterstützen wird, die für einen Bestandsschutz klagen würden.

Es folgten Änderungen der Prüfungsordnungen für verschiedene Masterstudiengänge. Auch bei diesen Änderungen wurde die Formulierung "Versicherung an Eides statt" gestrichen. Im Wesentlichen waren es Anpassungen der Ordnungen.

Auf Initiative des Studierendenparlaments wurde über eine **Einladung des Stadtrats in die Universität** beraten und positiv beschieden. Der Präsident wurde vom Senat aufgefordert, den Stadtrat zur Sitzung einzuladen.

Die Idee ist, dass der Stadtrat einmal an der Uni tagt und so den Studierenden näher gebracht wird. Das Interesse an kommunaler Politik ist häufig nicht so groß. Dabei spielt gerade die Kommune für das Leben der Studierenden eine wichtige Rolle. Sie berät Themen wie Busverkehr, sozialen Wohnungsbau, Teilhabe am kulturellen Leben und vieles mehr.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit würde nicht mehr über den Lagebericht sowie über das Körperschaftsvermögen der Universität beraten. Diese Topics wurden auf die nächste Sitzung im September vertagt.